

# Auer Tageblatt

Veröffentlichungen nehmen die Redaktionen  
des Auer Tageblatts die Verantwortung  
über. — Erscheint werktäglich.  
Preis pro Stück 10 Pf.

## Anzeiger für das Erzgebirge

Redaktionsadresse: Die Auer Tagungsredaktion  
Postfach für Anzeigen und Kopie und  
Anzeigen in der Zeitung, sowie  
wichtige Anzeigen in der Zeitung,  
Redaktions-Postfach in der Zeitung,  
amtliche Stelle 26 Göttingen.

Verantwortlich: Auer Tagungsredaktion. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1990

Nr. 13

Freitag, den 16. Januar 1925

20. Jahrgang

### Ist die Republik vogelfrei?

Von unserem Berliner Mitarbeiter.

Man hat auch der greise Papst, eben erst von einer Krankheit genesen, seine Stimme zugunsten Eberts erhoben und aus der genauesten Kenntnis des Charakters dieses Mannes wie der politischen Verhältnisse während des Krieges heraus die durchaus vaterländische Gesinnung des Reichspräsidenten bezeugt. Dieses Eintreten des bei allen Parteien hochangesehenen Demokraten für den so hart Angegriffenen wird gewiß manchen veranlassen, sein Urteil über Ebert zu revidieren; aber leider ist zu fürchten, daß es die Fanatiker auf der rechten Seite nicht belehren wird, denn diese wollen sich nicht belehren lassen. Steht doch das eine seltsame: wenn die reaktionäre Presse den Munitionsarbeiterstreik von 1918, wenn sie jetzt neuerdings die Finanzstandards Kritiker, Barinat und wie sie alle heißen, so geschildert hat, wenn ihre Parlamentarier durch große und kleine Anfragen dies Vorgehen unterstützen, dann handeln diese Herrschaften nicht aus dem Gefühl patriotischer Entrüstung oder belehligter Moral, auch nicht in der Absicht, die Integrität unseres Beamtenkörpers wieder herzustellen. Sie verfolgen vielmehr einen ganz anderen Zweck, nämlich die Parteien, die bisher hinter der Regierung standen, in der öffentlichen Meinung unbillig zu machen und ferner den Reichspräsidenten selbst in die unangenehmen Affären hineinzuziehen, um durch dieses traurige Scheitern einer Rechtsregierung und weiterhin der Wahl eines konservativ gerichteten Reichspräsidenten den Boden zu ebnen. Und nicht nur das! Am letzten Ende gilt der Kampf der Rechten den gesamten bestehenden staatlichen Institutionen, vor allem der Republik selbst, die als durch und durch korrupt, als innerlich völlig zerfallen dem Volke verachtet werden soll, damit dann bei nächster Gelegenheit an ihrer Stelle wieder die — ach, mit so weicher Wüste angetanen! — Monarchie errichtet werden kann. In daselbe Kapitel gehören auch die jetzt in verstärktem Maße gegen die bisherige Regierung gerichteten harten Angriffe wegen ihrer, wie man sagt, verfehlten auswärtigen Politik; denn auch damit hofft man das Schuldkonto der Kabinetsmitglieder so gründlich zu belasten, daß sie als ernsthaftige Gegner nicht mehr in Betracht kommen.

Wie eine derartige Politik zu bewerten ist, darüber wird es wohl unter anständigen Menschen keine Meinungsverschiedenheit geben; man braucht deshalb auf den tiefen sittlichen Charakter dieser Treibereien wohl kaum besonders einzugehen. Dagegen darf wohl mit Recht gefragt werden, ob denn die Formen, unter denen diese Politik getrieben wird, überhaupt noch gebildet werden kann, und ob die in führender und namentlich in amtlicher Stellung befindlichen Männer es noch länger untätig mit ansehen wollen, daß die Völkischen in Deutschland ihren Verleumdungs- und Umsturzfeldzug geradezu abstoßend gemein in der Presse und nicht minder in den Versammlungen führen. In der Reichshauptstadt selbst freilich hütet man sich vor zu groben persönlichen Angriffen, weil man den Zugriff des Staatsanwalts fürchtet. Hier begnügt man sich mit einer Sprache, die den Versuch macht, äußerlich das Strafgesetzbuch zu respektieren, die „Kreuz-Zeitung“ legt auseinander, daß die Demokratie ihrem innersten Wesen nach mit dem Mamonismus und allen seinen Lasten eng verbunden sei und die „Deutsche Tageszeitung“ beschimpft die Weimarer Koalitionsparteien als „Barinat-Blut“. Das sind vergleichsweise noch sanfte Töne. Aber überaus bedenklich ist es, wenn die am Orte des Staatsgerichtshofes erscheinenden „Leipziger Neuesten Nachrichten“ (Nr. 8) ungestraft schreiben dürfen, die „Männer der alten Erfüllungskoalition“ seien „auf Wunsch des französischen Ministerpräsidenten“ geschlossen, die Deutschnationalen von der Regierung im Reich fernzuhalten; sie pflegten „mit dem bloßen Ausland zu denken“. Und wenn daselbe Blatt in demselben Artikel dem Kabinetschef Martz verblümt Landesherrat vorwirft, indem es bemerkt: „Das im Reich in Ermangelung eines verfassungsmäßigen parlamentarischen Mehrheitskabinetts regierende Triumvirat Ebert-Martz-Strefemann hat es sich angelegen sein lassen, einen für die Engländer äußerst günstigen Handelsvertrag zum Abschluß zu bringen, noch bevor die Kölner Frage brennend wurde.“ Was aber hier einigermaßen hart angedeutet wird, daß spricht die völkische Depresse im Lande mit höchster Rücksichtslosigkeit aus. Die nationalsozialistische „Coburger Warte“ beispielsweise schreibt (Nr. 4): „Haben wir doch unsern Ebert, der uns verrät, haben wir unsere Martz und Strefemann, die uns verraten, was brauchen wir die Deutschnationalen? In der nächsten Nummer sodann bringt das gleiche Blatt einen Leitartikel, dessen Inhalt schon aus der Überschrift: „Landesverräter Strefemann“ hervorgeht. In einem anderen Artikel heißt es: „Unsere Regierung treibt Landesverrat! ... Ein Reichstagsabgeordneter, der unsern Kämpfern an der Front in den Rücken fiel, ein Landesverräter wurde unser Reichspräsident! Wo ist der Staatsanwalt, der Ebert den Prozeß macht wegen seines Landesverrats? Wo bleibt der Staatsgerichtshof? Wo ist der Staatsanwalt, der den Haftbefehl gegen Ebert erläßt wegen seiner Teilnahme am Barinatwindel? ... Deutsches Volk, das ist Deine Republik. Ein Gebäude von Schwindel und Betrug, von jüdischer Schlieberlei und Landesverrat! Nun liegt freilich Coburg heute in Bayern. Aber auch in Preußen ist verschiedenes möglich. Hat da in Wien kein der jactans bekannte Berliner Universitätsprofessor

Roethe, nachdem er sich mit Abscheu von jener „Horde von Verrätern“, d. h. den Männern der Revolution von 1918, abgewandt hat, in seiner Rede überdeutlich dem Reichspräsidenten zugewandt, indem er erklärte: „Das deutsche Volk wird einmal, früher oder später, mit ihnen abrechnen, mögen sie jetzt noch so mit allen Mitteln rücksichtslosester Despotie ihre Macht aufrechtzuerhalten versuchen.“

Wir können es verstehen, daß es den Strefemann und Ebert schwer wird, sich auch nur indirekt mit diesem ekelhaften Schmutz zu befassen. Aber die Angriffe gegen sie richten sich doch nicht sowohl auf ihr privates Leben, sondern auf ihre öffentliche Tätigkeit und sie fallen auf die Republik zurück, wenn sie nicht tatkräftig abgewiesen werden. Darum dürfen die so niederträchtig Verleumdeten nicht dazu schweigen, in dem Bewußtsein, daß ihre Ehre nicht von Lumpengefindel besudelt werden kann. Es ist deshalb auch nicht zu billigen, wenn der „Vorwärts“ bei der Zurückweisung einer Lage des völkischen „Deutschen Tagesblattes“ schreibt: „Selbstverständlich wird der Reichspräsident ablehnen, sich mit einem Blatte von der Sorte des „Deutschen Tagesblattes“ unmittelbar zu befassen und ihm die Ehre einer Berichtigung antun.“ Wer so denkt, der verkennt völlig die Psyche des Volkes und schlägt eine Taktik ein, die sich unter Umständen bitter rächen kann. Hier gilt nur forschige Gegenwehr. Wer in den Novembertagen von 1918 Zeuge der verächtlichen Freiheit unserer Reaktionäre gewesen ist, der weiß, daß sie nur solange Mut heucheln, als sie überzeugt sind, daß ihnen nichts geschieht, daß sie aber bei jedem Herannahen einer Gefahr ängstlich unterbuden. Ein paar energische Gegenangriffe auf diese Gesellschaft, und sie wirft sich platt zu Boden, wie es im November 1923 die unter Führung von Lubendorff stehenden Hitler-Banden in München getan haben.

### Ein Schritt vorwärts in der Regierungsbildung.

Rein Vertrauensvotum, sondern eine „Billigungs-Erklärung“  
Berlin, 14. Jan. In der Regierungsbildung ist man am Nachmittag insofern einen Schritt weitergekommen, als auch in der Vertrauensfrage eine Einigung erzielt wurde. Von deutschnationaler Seite war bisher gewünscht worden, daß die an der Kabinettsbildung beteiligten Parteien der neuen Regierung ausdrücklich ihr Vertrauen aussprechen sollten. Hierzu hatte das Zentrum erklären lassen, daß es nicht in der Lage sei, einem Kabinett das Vertrauen auszusprechen, dessen einzelne Persönlichkeiten politisch noch unbeschriebene Blätter seien. Es könne sich höchstens darum handeln, der von Dr. Luthers abgehenden Regierungserklärung die Billigung des Reichstages auszusprechen. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, haben sich die Deutschnationalen mit dieser Form der Vertrauensfrage einverstanden erklärt.

Berlin, 14. Jan. In der Vertrauensfrage ist es, wie verlautet, zu einer Einigung zwischen den Reichstagsfraktionen des Zentrums und der Deutschnationalen gekommen. Danach soll dem neuen Kabinett die Billigung der Regierungsparteien ausgesprochen werden.

#### Die Haltung der Wirtschaftspartei.

Berlin, 14. Jan. Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung nahm in ihrer heutigen Fraktionssitzung in der bevorstehenden Bildung eines Kabinetts Luthers Stellung. Es wurde beschlossen, diesem Kabinett gegenüber wohlwollende Neutralität zu bewahren und es zu unterstützen, solange die Interessen des Mittelstandes durch die neue Regierung gewahrt werden. Eine Beteiligung der Wirtschaftlichen Vereinigung an der Regierung kommt nicht in Frage.

#### Eine Erklärung Gesslers.

Berlin, 14. Jan. In der heutigen Sitzung der demokratischen Reichstagsfraktion erschien zu Beginn der Sitzung Reichswehrminister Gessler und erklärte gegenüber Nachrichten der Presse, daß er zu der Frage der Regierungsbildung überhaupt noch nicht Stellung genommen habe. Der fraktionsvorsitzende Koch berichtete dann über die politische Lage. Die demokratische Fraktion wird voraussichtlich zur Frage der Bildung des Kabinetts seinen neuen Beschluß fassen, da ihre Stellungnahme unbenutzbar ist.

#### Better wird gemeldet:

Berlin, 14. Jan. (Unsch.) Die heutigen parlamentarischen Besprechungen des Reichsministers Dr. Luthers mit den fraktionsvertretern haben zu einer grundsätzlichen Klarheit über die zu bildende Regierung gemäß dem bereits bekanntgegebenen Plan Dr. Luthers — Vertrauensmänner und Reichsminister — und über die Personenfrage geführt. Angehen sind die Erwägungen innerhalb der Fraktionen über die Form und Art, in der der Regierung die Zustimmung ausgesprochen werden soll, in den verschiedenen Fraktionen noch nicht abgeschlossen. Von der Erledigung dieser Frage, die am

Donnerstag mittags zu erwohnen ist, hängt die Bildung der beabsichtigten Mehrheitsregierung ab. Bei dieser Sachlage hat Reichsminister Dr. Luthers dem Reichspräsidenten in später Abendstunde berichtet, seine informatorische Aufgabe sei abgeschlossen, und er sei bereit, die Bildung der Mehrheitsregierung zu übernehmen, sobald die erforderlichen Fraktionsbeschlüsse vorliegen. Den demokratischen Fraktion hat Dr. Luthers nachmals die Beteiligung an der Regierung angeboten. Der Vorsitzende Dr. Koch hat dem Minister — vorbehaltlich der Stellungnahme der Fraktion — geantwortet, die Fraktion sei trotz ernstlicher Bedenken bereit, eine abwartende Stellung einzunehmen.

#### Die neuen Männer.

Berlin, 15. Jan. Das neue Reichskabinett dürfte sich folgendermaßen zusammensetzen: Reichsminister: Dr. Luthers; Weisner; Dr. Strefemann (D. Sp.); Inneres: Schäfers (D. Sp.); Finanzen: Samsch (D. Sp.); Wirtschaft: Ministerialdirektor a. D. Neuhaus (D. Sp.); Arbeit: Dr. Brauns (Ztr.); Justiz und besetzte Gebiete: Oberlandesgerichtspräsident Schollem-Düsselberg (Ztr.); Weisner; Dr. Gessler; Reichspost: Stingl (Wahr. Sp.); Ernährung und Landwirtschaft: Graf Rantz. Für das Reichsministerium wird noch kein Minister genannt. Die Regierung kann unbedingt auf die Unterstützung der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen und der Wirtschaftlichen Vereinigung rechnen. Ueber die Haltung des Zentrums schreibt die „Germania“, das Zentrum stehe der neuen Regierung in vollkommener Freiheit gegenüber. Zu der Entsendung von Dr. Brauns als Vertrauensmann in das Kabinett habe es sich gar nicht entschlossen, um die Bemühungen Dr. Luthers nicht zum Scheitern zu bringen. Die neue Regierung müsse sich darüber klar sein, daß sie vom Zentrum nur nach ihren Taten beurteilt und behandelt werden wird. Die Demokraten werden einen Vertrauens- oder Billigungsantrag nicht unterstützen, da sie sich durch die Beteiligung Dr. Gesslers in keiner Weise gebunden fühlen. Die „Völkische Zeitung“ spricht sogar von einer scharfen Opposition der Demokraten. Zur Stellung der Sozialdemokraten bemerkt der „Vorwärts“, es frage sich nicht, ob das Kabinett Luthers bekämpft werden solle, sondern es frage sich nur, wie der Kampf am wirksamsten zu führen sei.

### Reichstagsitzung vom 14. Januar.

Die heutige Sitzung des Reichstages eröffnete der Präsident Lohde mit einem Nachruf für die Opfer des Herner Eisenbahnunglücks. Mit der Bevölkerung des betroffenen Landes teilt der deutsche Reichstag in tiefer Trauer an der Waise der Getroffenen und spricht den Angehörigen der Verletzten seine herzlichste Teilnahme aus.

Der Präsident verliest dann die amtliche Mitteilung von der Enthebung des bisherigen Reichspostministers Hofle von seinem Posten. Anträge auf Einstellung von Strafverfahren gegen die Abgg. Schulz-Rudwigberg (Soz.) und Hennings (Natzos.), sowie auf Einstellung des Disziplinarverfahrens gegen den deutschnationalen Abgeordneten, werden dem Geschäftsausfluß überwiesen.

Einstimmig angenommen wird ein Antrag Dr. Schäfers (Dem.), der von allen Parteien unterstützt wird. Es handelt sich hier um den Ausschluß zur Untersuchung der Kriegssache, der zur Beendigung seiner Arbeit wieder eingesetzt werden soll.

Auf der Tagesordnung stehen dann Anträge aller Parteien über die Erwerblosenfürsorge, die den zuständigen Ausschüssen überwiesen werden.

Das Haus vertagt sich dann am Donnerstag nachmittags 4 Uhr. Zu einem Antrag Dr. Fried (Nat.-Soz.), am Donnerstag in eine politische Aussprache einzutreten, erklärte Präsident Lohde noch, daß ihm Dr. Luthers, der jetzt die meiste Aussicht habe, eine Regierung zu bilden, mitgeteilt habe, daß eine Regierungserklärung frühestens am Freitag abgegeben werden könne.

Berlin, 14. Jan. Die Auflösung der Reichsgewerbestelle dürfte in absehbarer Zeit erfolgen, da keine dringenden Gründe für ihr Weiterbestehen vorgelegt sind.

### Die Verwendung von Reichsgeldern.

Anträge der Parteien.

Die demokratische Reichstagsfraktion hat einen Antrag eingebracht, die Reichsregierung zu eruchen, alle Gelder der öffentlichen Hand (Post, Eisenbahnen, etc.) lediglich durch Vermittlung der Reichsbank auszugeben und dabei für die Beschäftigung des kreditwürdigen Mittelstandes in geeigneter Form Sorge zu tragen.

Einen allgemein gehaltenen Antrag zu der gleichen Frage hat die Zentrumspartei eingebracht. Die